



KANTON  
NIDWALDEN

LANDRAT

KOMMISSION BKV

Dorfplatz 2, 6371 Stans, 041 618 79 04,  
www.nw.ch

CH-6371 Stans, Postfach

An die Mitglieder des Landrates

Stans, 5. September 2013

**Bildungsdirektion. Parlamentarische Vorstösse.  
Postulat von Landrat Christian Landolt, Beckenried und Landrat Armin Odermatt, Büren sowie Mitunterzeichnende, betreffend Abschaffung des Frühfranzösisch**

**Bericht der Kommission BKV**

Sehr geehrter Herr Landratspräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren Landräte

Mit Schreiben vom 19. Dezember 2012 haben die Landräte Christian Landolt, Beckenried, und Armin Odermatt, Büren, sowie Mitunterzeichnende beim Regierungsrat ein Postulat eingereicht und diesen darin gebeten, in der Volksschulverordnung das Frühfranzösisch in der Primarschule zugunsten von MINT-Fächern zu streichen.

Mit Beschluss Nr. 379 vom 4. Juni 2013 beantragte der Regierungsrat dem Landrat, das Postulat der Landräte Christian Landolt und Armin Odermatt betreffend die Abschaffung des Frühfranzösisch in der Primarschule, gutzuheissen.

Die Kommission für Bildung, Kultur und Volkswirtschaft hat an ihrer Sitzung vom 28. August 2013 im Beisein von Bildungsdirektor Res Schmid sowie der Landräte Christian Landolt und Armin Odermatt deren Postulat beraten. Zunächst erläuterte Bildungsdirektor Res Schmid die regierungsrätliche Position. Im Anschluss daran wurde den Postulanten Gelegenheit gegeben ihre Beweggründe für das Postulat darzulegen.

Für die Ausgangslage wird auf den Sachverhalt des regierungsrätlichen Beschlusses Nr. 379 vom 4. Juli 2013 verwiesen. Im Übrigen ergeht folgender Bericht:

**Vorbemerkungen**

Die Kommission BKV stellt fest, dass die wöchentliche Unterrichtszeit in der Primarschule – und somit auch für das Frühfranzösisch – in der Stundentafel festgelegt wird, die in der kantonalen Vollzugsverordnung zum Gesetz über die Volksschule (Volksschulverordnung, VSV; NG 312.11) geregelt wird.

Art. 53 Abs. 3 des kantonalen Gesetzes über die Organisation und die Geschäftsführung des Landrates (Landratsgesetz, LRG) sieht vor, dass das Postulat den Regierungsrat beauftragt, einen Gegenstand oder eine Massnahme aus dem Geschäftsbereich des Landrates, des Regierungsrates oder der Verwaltung zu prüfen; es kann auch einen Bericht über einen anderen Gegenstand oder die Einsetzung einer Sachverständigenkommission verlangen.

Mit dem Postulat wird nun der Regierungsrat gebeten, in der Volksschulverordnung das Frühfranzösisch in der Primarschule zugunsten von MINT-Fächern zu streichen.

Der Erlass beziehungsweise die Änderung der Volksschulverordnung liegt in der Zuständigkeit des Regierungsrates. Dieser kann mit einem Postulat somit allein verpflichtet werden, die Abschaffung des Frühfranzösisch zu prüfen. Im Rahmen einer allfälligen Anpassung der Volksschulverordnung wird der Regierungsrat jedoch letztlich selbstständig entscheiden.

Demzufolge kann der vom Regierungsrat in Aussicht gestellte Bericht (vgl. dazu Ziffer 3 des Regierungsratsbeschlusses Nr. 379 vom 4. Juli 2013) vom Landrat lediglich zur Kenntnis genommen werden. Der Entscheid darüber, ob das Frühfranzösisch abgeschafft werden soll oder nicht, obliegt – wie bereits ausgeführt – dem Regierungsrat.

### **Im Einzelnen**

In materieller Hinsicht kann sich die Kommission BKV den regierungsrätlichen Äusserungen grossmehrheitlich anschliessen, so dass grundsätzlich auf die Erwägungen des Regierungsrates verwiesen werden kann.

Die Kommission BKV begrüsst insbesondere die Absicht des Regierungsrates, vor einer allfälligen Beschlussfassung über die Änderung der Volksschulverordnung, welche in seiner Kompetenz liegt, die Angelegenheit umfassend zu prüfen, dies unter Einbezug aller massgebenden und entscheidungsrelevanten Kriterien wie unter anderem auch dem Lehrplan 21. Mit dem Regierungsrat ist darin übereinzustimmen, dass weitere Grundlagen erforderlich sind und vor allem auch alle massgebenden Gremien und Akteure anzuhören seien. Aber auch wissenschaftliche Erkenntnisse hätten in diesen Bericht einzufließen. Nicht zu vergessen sei sodann, dass der Kanton Nidwalden keine bildungspolitische Insel, sondern sowohl in der Zentralschweiz wie auch in der Deutschschweiz jeweils Teil einer umfassenderen Bildungslandschaft sei, so dass er zu einer gewissen Harmonisierung der Schulen verpflichtet sei. All diese Zusammenhänge habe der regierungsrätliche Bericht zu erkennen und aufzuzeigen.

Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 379 vom 4. Juni 2013 zu dieser Eingabe Stellung genommen und dem Landrat letztlich beantragt, das Postulat gutzuheissen. In dieser Form konnte sich die Mehrheit der Kommission BKV indes dem regierungsrätlichen Antrag nicht vorbehaltlos anschliessen, zumal es auch der Regierungsrat unter Ziffer 3 seines Beschlusses Nr. 379 vom 4. Juni 2013 als sinnvoll erachtete, „... einen Bericht zum Französischunterricht an der Primarschule zu erstellen. Er [werde] darin das vorliegende Anliegen prüfen und neben vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen, der Meinung von Schulbehörden, Lehrpersonen und Anschlusschulen auch die Haltungen innerhalb der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz bzw. der D-EDK aufzeigen.“ Diese Obliegenheit des Regierungsrates ist für die Kommission BKV zwingend in den Antrag zu Handen des Landrates zu integrieren.

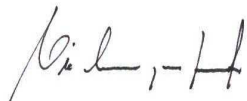
### **Antrag**

Die Kommission BKV beantragt dem Landrat mit 9 : 0 Stimmen (1 Enthaltung), das Postulat von Landrat Christian Landolt, Beckenried, und Landrat Armin Odermatt, Büren, betreffend Abschaffung des Frühfranzösisch insofern gutzuheissen, als der Regierungsrat diese Thematik in einem Bericht umfassend prüfen lässt.

Freundliche Grüsse

### **Kommission für Bildung, Kultur und Volkswirtschaft (BKV)**

Präsident



Josef Niederberger

Sekretär



Rolf Brühwiler